

**10497/AB**  
**■ Bundesministerium vom 22.06.2022 zu 10777/J (XXVII. GP)**  
**bmeia.gv.at**  
 Europäische und internationale  
 Angelegenheiten

Mag. Alexander Schallenberg  
 Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn  
 Präsidenten des Nationalrates  
 Mag. Wolfgang Sobotka  
 Parlament  
 1017 Wien

Wien, am 22. Juni 2022  
 GZ. BMEIA-2022-0.316.290

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Robert Laimer, Kolleginnen und Kollegen haben am 27. April 2022 unter der Zl. 10777/J-NR/2022 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „unpräziser Aussagen hinsichtlich eines potenziellen Beitritts der Ukraine in die Europäische Union samt Rüge des EU-Kommissars Johannes Hahn (ÖVP)“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1, 2 und 4:**

- *Waren die besagten Äußerungen, die am 23. April 2022 im Rahmen des 14. Europäischen Mediengipfels in Lech am Arlberg getätigt wurden, mit dem Bundeskanzler abgesprochen?*
- *Waren die besagten Äußerungen, die am 23. April 2022 im Rahmen des 14. Europäischen Mediengipfels in Lech am Arlberg getätigt wurden, mit dem Koalitionspartner abgesprochen?*
- *Haben Sie, nach dem Tweet von EU-Kommissar Johannes Hahn, ihm gegenüber persönlich zu Ihren Äußerungen Stellung genommen?*

Meine Äußerungen im Rahmen des 14. Mediengipfels in Lech entsprechen der österreichischen Position, dass die in den Verträgen festgelegten Verfahren für alle Staaten einzuhalten sind. Diese Position ist innerhalb der Bundesregierung eng abgestimmt. Auch die Europäischen Staats- und Regierungschefs haben in einer Erklärung am 10. und 11. März 2022 in Versailles festgehalten, dass sie die europäischen Aspirationen der Ukraine anerkennen.

Der Beitrittsantrag der Ukraine wird im Einklang mit bestehenden Bestimmungen der Verträge der Europäischen Union (EU) behandelt werden. Mit EU-Kommissar Dr. Johannes Hahn stehe ich in regelmäßigem, sehr engem Austausch.

**Zu den Fragen 3 und 5:**

- *Sind Ihre Äußerungen (vor dem Hintergrund eines Krieges zwischen der Ukraine und Russland), die auch hinsichtlich einer diplomatischen bzw. außenpolitischen Tragweite zu bewerten sind, im Interesse der Republik Österreich?*
- *Sollten Sie die Voll-Mitgliedschaft der Ukraine in die Europäische Union ablehnen, was würde die von Ihnen angesprochene „teilweise Verzahnung“ beinhalten?*

Ich habe in meinen Aussagen klar betont, dass die Ukraine ein Teil des europäischen Lebensmodells und der westlichen Wertegemeinschaft ist. Eine enge Anbindung der Ukraine an die EU ist im Interesse beider Seiten. Die Frage des EU-Beitritts wird jedoch keinen unmittelbaren Einfluss auf das Ausmaß der russischen Aggression gegen die Ukraine haben. Ich lehne eine Vollmitgliedschaft der Ukraine in der EU keineswegs ab, verweise jedoch darauf, dass diese einen in den Verträgen klar geregelten, langwierigen Prozess voraussetzt und es daher Übergangslösungen braucht. So könnte man die Ukraine beispielsweise vor einem Beitritt in gewissen Bereichen näher an die EU binden. Dies könnte etwa bedeuten, der Ukraine vermehrt Zugang zu besonders wichtigen Teilen des Binnenmarktes, im Energiebereich, bei den transeuropäischen Verkehrsnetzen oder im Bildungs- und Wissenschaftsbereich zu ermöglichen. Diese neue Form der Zusammenarbeit könnte auch als Grundlage für eine neue Gemeinschaft der wirtschaftlichen Zusammenarbeit basierend auf den europäischen Werten für Nachbarstaaten wie die Ukraine dienen. Gleichzeitig betonen wir, dass, wenn wir über die Ukraine sprechen, wir auch über den Westbalkan sprechen müssen. Außen- und europapolitisch setzt sich Österreich bereits seit Jahren für die Beitrittsbestrebungen der Westbalkanländer ein. Es darf nicht EU-Beitrittskandidaten erster und zweiter Klasse geben. Wir müssen die Staaten in der Region angesichts der aktuellen Bedrohungslage noch enger an uns binden. Auch hier sollte es daher auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft die Möglichkeit für eine graduelle Integration geben, damit der Beitrittsprozess für die Menschen in der Region spürbare Vorteile bringt.

Mag. Alexander Schallenberg



